

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 9 (1968)
Heft: 14

Artikel: Die Ueberwindung des Stalinismus in der tschechoslowakischen Justiz
: die "genial einfache Methode"
Autor: Csizmas, Michael
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076555>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Ueberwindung des Stalinismus in der tschechoslowakischen Justiz

Die «genial einfache Methode»

Von Michael Cszimas

Nach zwei Jahrzehnten Stalinismus hat die unblutige Revolution des tschechoslowakischen Volkes ihre ersten greifbaren Erfolge erzielt. Die Annahme des Gesetzes über die Rehabilitierung der unschuldigen Opfer der Willkürjustiz ist nach den Worten von Parlamentspräsident Smrkovsky eine «einzigartige Tat in der Geschichte unseres Volkes». Man kann ruhig hinzufügen, dass sie einzigartig auch in der neueren Geschichte Osteuropas ist. Denn nach den Enthüllungen, die Chruschtschow auf dem 22. Parteitag der KPdSU über die Stalinsche Rechtspflege gemacht hatte, setzte in Osteuropa nur eine zaghafte Kampagne für die «Wiederherstellung der sozialistischen Gesetzlichkeit» ein. Die Rehabilitierungen erstreckten sich nur auf einige wenige Parteifunktionäre und nicht auf die unzähligen parteilosen Opfer in diesen Ländern.

In der Tschechoslowakei geschah damals vorerst gar nichts. Parteichef und Staatspräsident Novotny war zwar bereit, immer wieder Lippenbekenntnisse zur Entstalinisierung zu liefern, aber das Justizwesen wurde sogar radikalisiert. Unter Berufung auf die Ereignisse in Budapest im Herbst 1956 war die unerbittliche Jagd auf den vermeintlichen «Klassenfeind» bei Kommunisten und Nichtkommunisten eher verschärft worden. Erst sieben Jahre später sah sich Novotny, der selbst in diesen Fall verwickelt war, veranlasst, die ersten Rehabilitierungen vorzunehmen. Am 22. August 1963 erschien der erste Bericht in der «Rude Pravo», im Zentralorgan der KPTsch, über die Rehabilitierung von Rudolf Slansky, des ehemaligen Generalsekretärs der Partei, der

am 3. Dezember 1952 mit zehn anderen führenden Kommunisten unter der erfundenen Anklage der Spionage und des Hochverrats in einem grossen Schauprozess abgeurteilt und dann hingerichtet worden war. Unter dem Druck der Öffentlichkeit musste Novotny seinen Ministerpräsidenten Viliam Siroky entlassen, der als einer der Hauptschuldigen an dem Tod der Mitglieder der höchsten Parteiführung genannt wurde.

Ein Kartenhaus stürzt zusammen

Nach der Rehabilitierung von Slansky, Clementis u. a. wurde es aber für viele offenkundig, dass es sich hier nicht um Einzelfälle handelte. Man begann auch die Gerechtigkeit des ganzen Justizwesens in Frage zu stellen. Trotz aller administrativen Massnahmen traten Schriftsteller und Journalisten mutig für die restlose Wiederherstellung der Gesetzlichkeit ein. Die führenden literarischen Zeitschriften des Landes, «Literary Noviny», «Plamen» und «Kulturny Zivot», verlangten eine grundlegende Umgestaltung des öffentlichen Lebens.

Um die immer hitzigere Diskussion und das wachsende Unbehagen des Volkes an der Beschaffenheit der Führung des Landes durch die KPTsch bremsen zu können, berief im Dezember 1963 das Zentralkomitee der Partei ein Plenum ein. Es beschloss, die volle Kontrolle über alle Mittel der Meinungsäusserung (Presse, Radio, Fernsehen) einzuführen und die «Disziplin» wieder herzustellen. Zur Durchführung der un-

ingeschränkten Aufsicht wurde eine Kommission unter dem Vorsitz von Vladimir Koucky eingesetzt. Die kritischen Stimmen konnten aber nicht mehr im gewünschten Mass unterdrückt werden. So wurde an einer Tagung des staats- und rechtswissenschaftlichen Institutes der Akademie der Wissenschaften Ende 1963 erklärt, der Begriff «Klassenfeind» sei weitgehend anachronistisch geworden. Man bezeichnete auch die Tatsache als unhaltbar, dass, wenn jemand aus einer Intellektuellen- oder Handwerkerfamilie stamme, dies von den Gerichten als erschwerender Umstand gewertet werde, obwohl ein junger Mensch mit dem früheren Beruf seiner Eltern wirklich nichts mehr zu tun habe. Als Grund aller Uebel in der Justiz bezeichneten im Jahr 1964 Ladislav Schubert und Julius Koval die unkritische Uebernahme der Prinzipien und Theorien des sowjetisch-stalinistischen Juristen Wjatschinsky und überhaupt die Grundzüge der sowjetischen Rechtsprechung. Der slowakische Schriftsteller Ladislav Mnacko fällte ein vernichtendes Urteil über jene, die das Recht anzuwenden hatten: «Die Richter sind korrupt, sind Feiglinge.» Doch gab es am wesentlichen nichts zu rütteln. Justizminister Vaclav Skoda sanktionierte sogar die Einmischung örtlicher kommunistischer Parteisekretäre in die Rechtsprechung. Juristen, die sich den Wünschen der lokalen Parteiorgane nicht gefügt hatten, wurden fristlos entlassen und verfolgt. Ein Richter, der es während des Verfahrens wegen staatsfeindlicher Verbrechen wagte, auf Beachtung von Verfahrensregeln zu bestehen, machte sich selber einer staatsfeindlichen Haltung verdächtig.

In der Folgezeit erfolgten zwar im Rechtswesen gewisse Reformen (neues Zivilgesetzbuch, neues Wahlrecht), die aber keine wirkliche Aenderungen mit sich brachten. Im März 1964 erklärte Novotny höchst persönlich, dass die Auswüchse des Persönlichkeitskultes beseitigt worden seien, und dass die sozialistische Gesetzlichkeit wiederhergestellt worden sei. Die Entwicklung zum wahren sozialistischen Volksstaat werde jedoch, wie er warnend ausführte, davon abhängen, wie aktiv jeder Bürger sich im Kampf gegen gewisse Tendenzen einsetze, die sich u. a. in Literaturzeitschriften kundtäten und den Ruf nach «schrakenloser Freiheit für alle» erhoben. Nun begannen wieder die Jahre des «Weiterwurstelns» im besten nachstalinistischen Stil.

Es war auch kaum zu erwarten, dass Novotny oder seine Blutrichter, die sich schwerer Justizmorde schuldig gemacht hatten, freiwillig von der Bühne abtreten oder auf ihre hohen und eintragsreichen Posten verzichten würden. Bis zum Kongress der tschechoslowakischen Schriftsteller im Juni 1967 und der Studentendemonstrationen im Oktober darauf regte sich kaum etwas im Staat an der Moldau. Diese Ereignisse haben aber das Zentralkomitee der KPTsch zu einer grundlegenden Aenderung seiner Politik und zur Durchführung einer Reihe weitgehender Reformen veranlasst. Das Aktionsprogramm der KPTsch vom 10. April d. J. versprach allen Bürgern die Grundfreiheiten und Rechtsreformen, die der sozialen Betätigung im Lande neues Leben verleihen. Unter allen Reformen hat verständlicherweise das Problem der Rehabilitierung das grösste Interesse ausgelöst und schwerwiegende innen- und aussenpolitische Spannungen hervorgerufen.



Eine karikaturistische Betrachtung über die Abrechnung mit der Vergangenheit des Terrors: «Genossen, wir wollen alle zusammen das Geschehene begraben.» (Dikobraz, Prag)

Das berüchtigte Gebäude der Willkürjustiz stürzte wie ein Kartenhaus zusammen, und als Anzeichen des moralischen Bankrotts häuften sich die Selbstmorde derjenigen, die für die stalinistischen Praktiken im Bereich der Justiz verantwortlich gewesen waren.

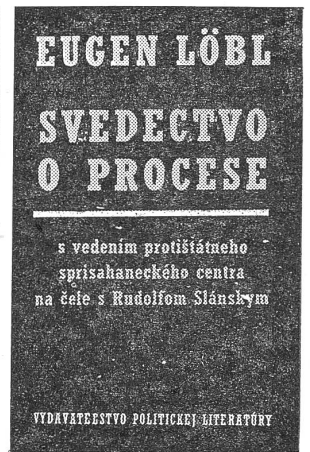
Am 31. März d. J. erhängte sich im Wald von Komice Bedrich Pokorny, Major des tschechoslowakischen Geheimdienstes, der 1948 den bisher ungeklärten Tod des Aussenministers Jan Masaryk als «Selbstmord» bestätigte. Der stellvertretende Präsident des Obersten Gerichtshofes, Josef Brestansky, wurde am 2. April, an einem Baum hängend, aufgefunden. Der Arzt des berüchtigten Gefängnisses von Ruzyne, Josef Sommer, wurde am 26. April in seiner Wohnung erhängt aufgefunden. Jiri Pocepicky, Chef der Untersuchungsorgane der Prager Polizei, erhängte sich am 27. April bei Marienbad.

Der Rehabilitierungsprozess selbst ist durch einen ungewöhnlichen Akt in Gang gekommen. Am 13. April legte Präsident Svoboda am Grabe T. G. Masaryks, des namhaften Präsidenten der ersten Republik (der bei den Sowjets und ihren Verbündeten noch immer verfeimt ist), einen Kranz nieder. Im Zusammenhang mit dem Tod Jan Masaryks, des Sohnes T. G. Masaryks, und mit dem Verfahren gegen Slansky tauchte in der tschechoslowakischen Presse die Frage nach der eventuellen sowjetischen Beteiligung auf. Am 28. April bestätigte dies Karol Bacilek, der nicht nur die ganze Schuld an Schauprozessen und Hinrichtung der Elite der tschechoslowakischen Kommunisten auf die Sowjets schob, sondern überdies erklärte, Stalins Befehl zur Durchführung der Prozesse habe 1951 Anastas Mikojan überbracht (siehe KB, Nr. 10). Die TASS dementierte die «Lügen» über eine sowjetische Mittäterschaft bei der «angeblichen» Ermordung Masaryks, aber nicht die Mitwirkung sowjetischer Sicherheitsorgane in Prozessen gegen prominente tschechoslowakische Kommunisten. Ladislav Kopriva, der von 1950 bis 1952 als Minister für Staatssicherheit tätig war, bestätigte übrigens am 7. Mai in «Vecerni Praha» ausdrücklich, dass sowjetische «Berater» an der Inszenierung der Schauprozesse der fünfziger Jahre in der Tschechoslowakei — wie auch in allen anderen Ländern Osteuropas — mitgewirkt hatten. Unter den sowjetischen Beratern erwähnte er Lichatschew, Kamarow und einen gewissen Alexei. Es gab «eine ganze Reihe von sowjetischen ‚Helfern‘, die an Verhören teilnahmen, Prozesse fabrizierten und mehr oder weniger die Sicherheitsbehörden dirigierten», schrieb am 8. Mai die «Lidova Demokracie».

Slanskys Witwe bricht das Schweigen

Gleichzeitig mit der Einsetzung der Rehabilitierungswelle begann in der Tschechoslowakei die Veröffentlichung von Memoiren einzelner prominenter Opfer der politischen Terrorjustiz. Zum erstenmal wird in einem sowjetsozialistischen Land vor den Augen der Bürger vergegenwärtigt, wie die Anklagen fabriziert und die Schulbekenntnisse mit Anwendung von brutalen physischen und psychischen Mitteln erpresst wurden. Naturgemäss sind all diese Publikationen in der Tschechoslowakei Bestseller, und die Auflage der Zeitungen, die sie abgedruckt haben, steigt rapid in die Höhe. Sie sind eigentlich das Tagesgesprächsthema Nr. 1 für alle Bürger dieses

Eugen Loebel und sein Buch über den Prozess, den man ihm 1952 machte. Eine öffentliche und vernichtende Antwort auf die Frage, warum die Angeklagten in politischen Schauprozessen Verbrechen gestanden, die sie nie begangen hatten und vielfach auch nicht begehen konnten. Loebels Verhaftung hatte übrigens auch mit dem tschechoslowakischen Uran zu tun (siehe nachfolgenden Beitrag über die Wirtschaft), eine heute wieder sehr aktuelle Frage.



Landes, neben den als verdächtig erscheinenden langwierigen «Stabsmanövern» der Warschauer-Pakt-Staaten.

Ende April begann die Zeitung des Schriftstellerverbandes, die «Literarny Listy», mit einem Fortsetzungsbericht eines Teiles der Memoiren der Witwe Rudolf Slanskys, des 1952 hingerichteten Ersten Sekretärs der KPTsch. In einem Vorwort nannte der Schriftsteller Pavel Kohout diese Erinnerungen ein «einzigartiges und einmaliges Werk». Die 55jährige Witwe Josefa Slansky war bis zur Rehabilitierung ihres Mannes geächtet und verfolgt. Seit einem Jahr erhält sie eine Rente von 1600 Kronen monatlich. Sie erinnert sich an den 23. November 1951 folgendermassen:

«Mein Mann wurde verhaftet; gleichzeitig holte die Polizei auch seinen Bruder und dessen Frau, meinen Bruder und noch zahlreiche andere Verwandte. Ich selbst wurde mit den Kindern in eine entlegene Ortschaft, etwa 70 Kilometer ausserhalb von Prag, gebracht und unter Hausarrest gestellt. Wir bekamen weder Zeitungen, noch konnten wir Radio hören. Eines Tages waren die Gefässe mit den Mahlzeiten in Zeitungen eingewickelt, und diese, eine Ausgabe von ‚Rude Pravo‘, liess der Polizist — zufällig oder nicht — bei uns zurück. Auf der ersten Seite, in einem Leitartikel, konnte ich alles lesen, was man meinem Mann vorwarf.»

Als Frau Slansky zwei Tage vor der Hinrichtung ihren Mann im Gefängnis besuchen durfte, verbot man Slansky, über seine bevorstehende Hinrichtung zu sprechen. Sie erfuhr den Tod ihres Mannes zum erstenmal, als ihr eine Rationierungskarte für Kohle übergeben wurde. In der Rubrik Familienstand war nämlich vermerkt: «Witwe». Sie wurde dann jahrelang als Arbeiterin in einer Plastikfabrik angestellt, und erst vor acht Jahren konnte sie in einer Kleinstadt eine Stelle als Lektor annehmen. Ihren Kindern wurde nach sechsjähriger Zwangspause das Schulstudium wieder erlaubt.

Warum sie alle gestanden

Die Hintergründe der Schauprozesse wurden zum erstenmal in der Tschechoslowakei und zugleich in Osteuropa von einem prominenten Mitangeklagten im Slansky-Prozess, Eugen Loebel, detailliert beleuchtet. Loebel ist Vorkriegskommunist, war während des Krieges als Emigrant in England politisch tätig, 1945—1949 Stellvertreter des

Aussenhandelsministers. Im Slansky-Prozess wurde er zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. In seinem Büchlein «Zeugenaussagen über den Prozess», das soeben erschienen ist, gab er Aufschluss über die Frage, warum die Beschuldigten in den politischen Prozessen Verbrechen gestanden haben, die sie nie begangen hatten und vielfach auch gar nicht begehen konnten. Er schrieb u. a. (Üebersetzung aus «Volkszeitung», Prag):

«Die Wahrheit über den Prozess wird die Tiefe des moralischen und politischen Sumpfes offenbaren, in den die führenden Funktionäre der Partei und des Staates versunken waren. Endlich einmal muss gesagt werden, dass alle, die führende Funktionen bekleideten, wissen mussten, dass die Anschuldigungen falsch waren und der ganze Prozess eine einzige ununterbrochene Verletzung des Gesetzes und der Gesetzmässigkeit war.» Loebel berichtet weiter, dass er im September 1949 ins Gebäude des Zentralkomitees der KPTsch gerufen und dort aufgefordert wurde, einen genauen und selbstkritischen Lebenslauf zu verfassen. Am 28. November 1949 wurde er verhaftet. Da er nicht zugeben wollte, dass er ein «Feind» der Republik sei, verhängte man über ihn ein «strenges Regime»:

«Obzwar man Gefängnishaft mit ‚Sitzen‘ identifiziert, verbot man mir, mich zu setzen. Bei der Vernehmung musste ich stehen, aber nicht einmal in der Zelle durfte ich mich hinsetzen. Die Verhöre dauerten durchschnittlich 16 Stunden täglich, die Pause etwa zwei Stunden. Insgesamt musste ich also durchschnittlich 18 Stunden stehen oder ‚marschieren‘. Zum Schlafen blieben also täglich höchstens sechs Stunden. Aber auch dieser wurde immer wieder unterbrochen, 30- bis 40mal, und ich musste dabei Achtungstellung einnehmen und Meldung erstatten. Das zweite Druckmittel war Hunger. Das Essen war an sich nicht ausreichend — man hatte immer Hunger. Bei den Verhören fielen zudem aber immer Mittagessen und Abendessen aus, weil die Gefängniswärter behaupteten, das Essen wäre wohl bereit gewesen, aber man dürfe die Gefängnisordnung nicht verletzen, und so konnte man es nicht heranbringen. Nach zwei bis drei Wochen derartiger Behandlung waren bei jedem Gefangenen die Füsse geschwollen, jeder Druck an den Füssen bedeutete qualvolle Schmerzen. Die Verhöre, bei denen sich drei Referenten der Staatssicherheitsorgane abwechselten, bestanden aus einer endlosen Flut von Beleidigungen, Er-

Der zweite Start der Reformen

Von Ernest Schmidt

Die Tschechoslowakei war schon vor dem Zweiten Weltkrieg ein industriell entwickeltes Land, das neben einer angemessenen Schwerindustrie (die im Jahr 1937 bereits 1,7 Mio. Tonnen Roheisen sowie 2,3 Mio. Tonnen Stahl produzierte) vor allem über eine hochentwickelte Leichtindustrie verfügte, deren Erzeugnisse in der ganzen Welt bekannt waren. Mit der Machtergreifung der Kommunistischen Partei im Jahr 1948 haben sich in der Wirtschaftspolitik des Landes wesentliche Änderungen ergeben. Im Sinne des von Moskau aufgezwungenen marxistisch-leninistischen Systems wurden alle Kräfte zum vorrangigen Ausbau der Schwerindustrie eingesetzt, obwohl die wichtigsten Vorbedingungen (Rohstoffe) dazu *nicht* vorhanden waren. Zur gleichen Zeit hatte man den bedeutendsten Industriezweig des Landes, die Leichtindustrie, vernachlässigt und schrittweise verkommen lassen, so dass ihre ehemals weltberühmten Produkte auch in der inländischen Presse wegen ihrer mangelhaften Qualität wiederholten Kritiken ausgesetzt waren.

Die Konkursmasse laut Aktionsprogramm

Die doktrinaire und wirklichkeitsfremde Wirtschaftspolitik, für welche die Kommunistische Partei die alleinige Verantwortung trägt, führte

in die Sackgasse. Die Konkursmasse wurde im Aktionsprogramm (5. April 1968) der neuen Parteileitung sehr offen und anschaulich dargestellt. Die Hauptpunkte können wie folgt zusammengefasst werden:

Die Waren- und Geldbeziehungen sowie die Regulatortätigkeit des Marktes wurden durch einen zentralen Dirigismus ersetzt, was in der wirtschaftlichen Struktur des Landes zu Verzerrungen und auf dem Binnenmarkt zu erheblichen Störungen führte. Die qualifizierte Arbeit war nicht mehr gefragt, was sich vor allem für den Export sehr nachteilig auswirken musste. Alle diese Umstände sowie der ständig zunehmende Rückstand gegenüber den hochentwickelten Industriestaaten auf dem Gebiet der Infrastruktur, die rückläufigen Dienstleistungen, die katastrophalen Wohnverhältnisse usw. haben einen wesentlichen Beitrag zur *Senkung des Lebensstandards* der Bevölkerung geleistet.

Alle diese Feststellungen sind deshalb von Bedeutung, weil sie als Ergebnis einer mehrtägigen Beratung des Zentralkomitees, dieses allerhöchsten Gremiums der Partei, veröffentlicht wurden. Folglich handelt es sich darin um eine amtliche Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen und politischen Lage des Landes nach 20 Jahren kommunistischer Herrschaft.

Preissystem und Reform

Die tschechoslowakischen Ökonomen haben diese Schwierigkeiten schon vor mehreren Jahren erkannt und bereits im Jahre 1964 einen Vorschlag zur Reform des bestehenden wirtschaftlichen Mechanismus unterbreitet. Danach sollte die Planung dezentralisiert, die *Selbständigkeit der Betriebe* erweitert, ihre Tätigkeit auf *Rentabilität* und *Gewinn* ausgerichtet werden. Um die zu erreichen, drängte sich vor allem eine *Reform des bestehenden Preissystems* auf, weil die zentral festgelegten Fixpreise die wirtschaftliche Tätigkeit hemmten und dabei nicht einmal alle Kostenfaktoren berücksichtigten.

Die Anfang 1967 durchgeführte *Reform der Grosshandelspreise* (Industriepreise) hatte nur teilweise die an sie geknüpften Hoffnungen erfüllen können. Sie wurde mit Hilfe der modernen Rechentechnik in relativ kurzer Zeit vorbereitet und verwirklicht, wobei die Preisrelationen von ungefähr 25 000 Warengruppen eine Änderung erfuhren. Im Interesse einer besseren Marktversorgung legte man die Preise der Man gelwaren vorübergehend *höher*, die der überschüssigen Produkte dagegen etwas *niedriger* fest. Damit sollte der Marktmechanismus etwas Spielraum erhalten, da man einsehen musste, dass bei den vorhandenen rund 1,5 Millionen Preispositionen (!) kein Zentralorgan in der Lage war eine elastische, ohne durch bürokratische Verzögerungen belastete Preisbewegung zu gewährleisten.

Wie in den übrigen sozialistischen Staaten gibt es auch in der Tschechoslowakei *drei* verschiedene Preisgruppen:

Die «genial einfache Methode»

(Fortsetzung von Seite 3)

niedrigungen und Drohungen. Manchmal musste man tagelang mit dem Gesicht zur Wand stehen. Die ständig wiederholten, gleichbleibenden Fragen zerrütteten die Gefangenen nervlich, zumal man nach lang anhaltenden Verhören für längere Zeit einfach ‚aufs Eis gelegt‘ wurde, d. h. man wurde in die Einzelzelle zurückgeführt und seinen Gedanken überlassen. Dabei durfte man sich nicht einmal beim Essen hinsetzen. Durch das häufige Wecken in der Nacht wird die Nervenbelastung noch verstärkt. Dazu muss man sich die Atmosphäre vorstellen, in der wir uns befanden. Jede Weile konnte man hören, wie ein regloser Körper weggeschleift wurde oder die verzweifelten Schreie gefolterter Männer und Frauen. Die Roheit der Aufseher und das Bewusstsein der absoluten Unschuld und Machtlosigkeit waren nicht das Aergste, sondern das Bewusstsein, dass ich ein Opfer der eigenen Partei war, für die ich gelebt hatte, der ich alles gewidmet hatte, was ich besass. Nach monatelangen Qualen bekam ich Drogen verabreicht — was ich auch später herausfand. Man hatte dabei das Gefühl, mit Lachgas narkotisiert zu sein. Man war benommen, aber das Gefühl an und für sich war nicht unangenehm. Allerdings steigerte sich in einem dabei die Angst, verrückt zu werden. Der Mann, der uns mit Drogen behandelte, war der Gefängnisarzt Dr. Sommer (er

hat vor kurzem Selbstmord verübt. Anm. d. Red.). Endlich bekannte ich mich zu allen möglichen Verbrechen, und zwar definitiv. Ich dachte überhaupt nicht mehr an irgendeine Berufung, ja ich empfand nicht einmal mehr Reue oder Schamgefühl darüber, dass ich log. Vor dem Prozess musste ich meine Aussage auswendig lernen. Ein ‚Frage-und-Antwort-Protokoll‘ wurde abgefasst, d. h. ein Protokoll mit den Fragen, die mir der Richter oder Staatsanwalt zu stellen hatte, und meine Antworten. Als ich diese Antworten auswendig gelernt hatte, wurde eine Probe veranstaltet. Ich vermag mich nicht in das Gemüt jener Leute zu versetzen, die für all dies verantwortlich sind, die das gebilligt, ja verherrlicht haben, und vergnügt leben, ja sogar sich anmassen, ihren Opfern Zensuren zu erteilen.»

Soweit ein kurzer Auszug. Es ist die erste Veröffentlichung innerhalb des Ostblocks über die verbrecherischen Mittel und Methoden, die in all diesen Ländern nicht nur in den fünfziger Jahren, sondern gelegentlich auch später, wie z. B. im Budapester grossen Katholikenprozess im Jahre 1961, vor den Augen einer nichtsahnenden Welt angewendet wurden. Man verstand es lange nicht, warum unschuldige Opfer um ihre Aburteilung bettelten und die unglaublichsten Verbrechen auf sich nahmen.

In der Tschechoslowakei werden die gestrigen Henkersknechte früher oder später auf Grund der Anklagen der noch am Leben gebliebenen gestrigen Opfer zur Verantwortung gezogen. Das

tschechoslowakische Parlament hat das Gesetz über die gerichtliche Rehabilitierung am 25. Juni 1968 angenommen. Die Regierung ging davon aus, dass zwischen dem 24. August 1948 und dem 31. Juli 1965 die Ungesetzlichkeit der Gerichtsverfahren Bürger betroffen hat, die weder Feinde der sozialistischen Gesellschaftsordnung waren noch gegen diese eine feindliche Tätigkeit ausgeübt haben. Die gerichtliche Rehabilitierung soll nun das damals begangene Unrecht an Parteimitgliedern und an Parteilosigen beseitigen. Etwa 100 kompromittierte Richter sind entlassen worden. Die Zahl der Rehabilitierungsfälle wird gegenwärtig auf 70 000 bis 100 000 geschätzt. Das Rehabilitierungsverfahren wird kostspielig sein und etwa zwei bis drei Jahre dauern. Es soll den Bürgern den Glauben an Gesetz und Gerechtigkeit wiedergeben, auch wenn die Rehabilitierung das Leben der Opfer nicht mehr wiedergeben kann.

Die Bedeutung dieser Massnahmen kann aber erst dann richtig gewertet werden, wenn man sie mit den dementsprechenden Massnahmen anderer volksdemokratischer Staaten in der Periode der Entstalinisierung vergleicht. Kein anderer Staat gewährte seinen Bürgern eine so umfassende moralische und materielle Wiedergutmachung, wie es die Tschechoslowakei tat. Ungarn, Bulgarien und Rumänien sowie die Sowjetunion kümmerten sich bisher nur um die Rehabilitierung einiger weniger kommunistischer Parteiführer, und für das Volk blieb nur der Trost der Tränen.